

Gemeinde Haimhausen

Haimhausen, 10.08.2021

N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates** am Donnerstag, den 29.07.2021 um 19:30 Uhr in der Schulaula der Grund- und Mittelschule Haimhausen.

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Vorsitzender: Peter Felbermeier

Anwesende
Gemeinderäte:

Bettina Ahlrep
Ergun Dost
Angelika Goldfuß
Dorothea Hansen
Josef jun. Heigl
Simon Käser
Claudia Kops
Thomas Kranz
Michael Kuffner
Georg Mayerbacher
Christina Meckel
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Martin Müller
Sabrina Spallek

Entschuldigt fehlten:

Anton Bredl
Veronika Horzella
Stefan Jänicke
Prof. Dr. Christian Stangl
Detlef Wiese

Vorsitzender:

Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:

Florian Erath
Geschäftsleiter

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für einen Teilbereich entlang der Hauptstraße (FINrn. 130/1, 130/2 und 130/3 jeweils Gemarkung Haimhausen)**
- 2. Essenspreisgestaltung Mensa**
- 3. Erlass neuer Satzungen zum 01.09.2021 im Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen**
- 4. Benutzungs- und Gebührenordnung Übungsräume Pfarrstraße 12**
- 5. Ertüchtigung der Lüftungsanlage Kindergarten Haimhausen**
- 6. Neuerlass der Mieterschutzverordnung; Anhörung zur Fortschreibung des Gutachtens zur Identifizierung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern**
- 7. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2021**
- 8. Bericht des Bürgermeisters**
- 9. Wünsche und Anregungen**
- 9.1 Sportplatzsanierung**

Zum Sitzungsbeginn und außerhalb der Tagesordnung stellt sich Herr Yama Sadat dem Gremium und der Öffentlichkeit vor. Er ist ab Anfang August der neue Betreiber des Lebensmittelmarktes, ehem. Ungnadner. BGM Felbermeier äußert sich hocherfreut über den Umstand, dass nun doch die weitere Grundversorgung der Bevölkerung zeitnah sichergestellt werden konnte.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 29.07.2021

Zahl der geladenen Mitglieder: 21
16

Zahl der Anwesenden:

Entschuldigt: 5

Nicht entschuldigt: 0

1. **Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für einen Teilbereich entlang der Hauptstraße (FINrn. 130/1, 130/2 und 130/3 jeweils Gemarkung Haimhausen)**

Sachverhalt:

Das derzeitige Rathaus in der Hauptstraße 15 entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an öffentlich bzw. behördlich genutzte Gebäude. Beispielsweise ist die Barrierefreiheit nicht vollständig gegeben. Zudem ist die Raumkapazität erschöpft. Ein Teil der Gemeindeverwaltung sowie der Sitzungssaal wurden daher bereits in das neu errichtete Mehrzweckgebäude nebenan in die Hauptstraße 17 ausgelagert. Im Mehrzweckgebäude sind neben Teilen der Verwaltung auch eine Hausarztpraxis (AVZ Haimhausen), eine Zahnarztpraxis sowie das AVZ-Pflegeteam untergebracht. Das Mehrzweckgebäude dient daher überwiegend der zentralen ärztlichen Grundversorgung für die Bevölkerung.

Auch wenn das Rathaus zwischenzeitlich umgebaut und dadurch neue Räumlichkeiten geschaffen werden konnten, bedarf es mittel- bis langfristig eines neuen Rathauses, da insbesondere eine Gebäudeerweiterung schon an rechtlichen Vorgaben scheitert. Ein Umzug der Gemeindeverwaltung in das neue Mehrzweckgebäude kommt dabei nach derzeitigem Stand jedoch auch nicht in Betracht, da das Gebäude – wie bereits dargestellt – den Zweck der zentralen ärztlichen Versorgung mit Potential zur erweiterten Versorgung, ggf. auch mit Fachärzten, hat.

Bereits mit dem Bau der Amperresidenz (Betreutes Wohnen) hinter dem heutigen Rathaus sowie mit dem Bau des Mehrzweckgebäudes in unmittelbarer Nähe setzte sich die Gemeinde seinerzeit auch das Ziel einer ansprechenden und weiträumigen Platzgestaltung mit Möglichkeiten zum Begegnen und Verweilen. Dieses Ziel wurde zuvor auch schon im gemeindlichen Rahmenplan für die Hauptstraße aus dem Jahr 2005 verankert, der auch als Leitbild zur Ortsentwicklung in diesem Bereich dient. Darin ist insbesondere auch beschrieben, dass das heutige Rathaus einen reinen Zweckbau ohne Identifikationseigenschaft mit öffentlicher Fläche ohne Aufenthaltsqualität darstellt. Dem Anspruch an eine Platzgestaltung mit entsprechender Aufenthaltsqualität kann die Gemeinde derzeit aber mangels Fläche nicht gerecht werden, da der Bereich aktuell überwiegend zum Parken von Kraftfahrzeugen genutzt wird und auch genutzt werden muss.

Im Zuge der gegenwärtigen Planungen zur Umgestaltung des ehemaligen Brauereigeländes bieten es sich daher an, die Flächen mit den FINrn. 130/1, 130/2 und 130/3 jeweils Gemarkung Haimhausen für einen künftigen Rathausstandort bzw. einen Standort für ein neues Mehrzweck-/ Verwaltungsgebäude und damit für städtebauliche Maßnahmen in Betracht zu ziehen und diesbezüglich zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung eine Vorkaufsrechtsatzung nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zu erlassen.

Diese steht auch mit dem zuvor genannten Rahmenplan für die Hauptstraße im Einklang. Darin werden insbesondere die Stärkung der Hauptstraße als Entwicklungsachse durch die dezentrale Verteilung der Funktionen Handel, Verwaltung und Kultur sowie die Nutzung bestehender Entwicklungspotentiale und auch die Erschließung neuer Potentiale als zwei der obersten Ziele beschrieben.

Die Verwaltung hat die in der Anlage beigefügte Satzung in Abstimmung mit dem gemeindlichen Rechtsbeistand entworfen.

Nach Diskussion und Beratung des Entwurfs steht die Entscheidung über die Satzung an.

Der Vollständigkeit halber werden in der Anlage auch der vorgenannte gemeindliche Rahmenplan sowie die dazugehörige Analyse und Bewertung für die Hauptstraße aus dem Jahr 2005 beigefügt.

Diskussionsverlauf:

Nach einführenden Worten durch BGM Felbermeier zum Sachverhalt erkundigt sich GRM Dost nach der ergänzend verteilten Unterlage aus dem Jahre 2005 (seinerzeit erstellter Rahmenplan für den Bereich der Hauptstraße Haimhausen), die ihm und der Mehrheit des Gremiums vorher unbekannt war. Seitens Verwaltung wird sodann erläutert, dass es weniger um die Inhalte oder die Aktualität geht, sondern vielmehr um die argumentative Unterstützung der Begründung des anstehenden Satzungserlasses. Letztlich wäre, so der Hinweis, dieser Rahmenplan auch Bestandteil der leider ausgefallenen Klausurtagung im Herbst 2020 gewesen und die Behandlung konnte auf Grund anderer Prioritäten bislang nicht erfolgen.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt den Entwurf der „Vorkaufsrechtsatzung der Gemeinde Haimhausen für einen Teilbereich entlang der Hauptstraße (FINrn. 130/1, 130/2 und 130/3 jeweils Gemarkung Haimhausen) vom 29.07.2021“ (Anlage zur Niederschrift) als Satzung mit Begründung.

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 (angenommen)

2. Essenspreisgestaltung Mensa

Sachverhalt:

Der Zweckverband Jugendarbeit hat seine Tätigkeit als „Erfüllungsgehilfe“ für den Betrieb der Schulmensa aufgenommen. Der Erfüllungsgehilfe möchte für seine Tätigkeit eine Entschädigung. Diese hat sich nach dem im Juni geschlossenen Vertrag an den tatsächlichen Kosten (Personal- und Sachkosten) zu orientieren. Im Vertrag wurde aufgenommen, dass (zur betriebswirtschaftlichen Übersichtlichkeit) die Kosten sich nach Anzahl der ausgegebenen Essen zu richten hat.

Die monatliche Abrechnung des Zweckverbands hat daher nicht wie üblich auszusehen, also

- Personalkosten	xxx €
- Wareneinkauf	xxx €
- Unterhaltskosten	xxx €
- <u>Reinigung</u>	<u>xxx €</u>
Gesamtsumme	xxx €,

sondern sich nach der Anzahl der ausgegebenen Essen richten. Hierbei wäre zu unterscheiden, dass es unterschiedlich große Portionen für Krippen- und Kindergartenkinder, Schulkinder und Erwachsene gibt. Der Verwaltung liegen aktuell folgende Informationen über die Preisgestaltung vor, nähere Details und Ausführungen erfolgen durch Fr. Patock in der Sitzung:

Kinderkrippe + Kindergarten 3,50 € pro Essen

Hort + Mittagsbetreuung + Offene Ganztagschule 4,00 € pro Essen

Personal + Lehrkräfte 4,50 € pro Essen

Ein Menü beinhaltet immer Salat + Hauptspeise + Nachspeise

Dies sind die Preise für das Essen, ohne Getränke.

Die monatliche Abrechnung wird sich auch nach diesem Schema

xxx X Menü Krippenkind

xxx X Menü Schulkind

xxx X Menü Erwachsene

richten.

Diese Kosten sind allerdings keine endgültigen Kosten. Am Jahresende wird vom Zweckverband eine Gesamtabrechnung erstellt, basierend auf der Anzahl an gelieferten Essen.

Diskussionsverlauf:

Fr. Patock teilt nach einer kurzen Einführung durch BGM Felbermeier den Entwurf eines Flyers aus, der so noch nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist, zumal die Essenspreise noch nicht abschließend feststehen. Doch das Gerüst steht und kann in Kürze als Information ausgegeben werden. Sie informiert weiterhin über die wesentlichen Grunddaten des Betriebes: Insgesamt wurden sechs Damen eingestellt. Neben der Leitung selbst wird noch eine weitere Köchin beschäftigt. Die Lebensmittel werden prioritär aus der Region stammen, in Bioqualität, sofern möglich. Aktuell geht sie davon aus, im Bereich von 300 bis 500 auszugebenden Essen pro Tag landen, wobei – so auch die Anmerkung von GRM Mittermair – das Maximum mit 500 wohl feststeht. Auch auf den ergänzenden Hinweis des BGM führt sie aus, dass eben jenes Thema „Kochen“ (sowie die zugehörige Logistik etc.) selbstverständlich nicht neu für sie ist. Der Zweckverband ist hier bereits seit 2008 aktiv. Zur Essenspreisgestaltung führt sie aus, dass die Kalkulation in dieser Dimension natürlich noch Neuland und daher schwierig ist. Die derzeitige Datengrundlage sind in erster Linie die Kosten für den Erwerb der Lebensmittel sowie die Personalkosten. Sehr viele Kostenbestandteile werden sich im Verlauf der nächsten Wochen/Monate ergeben, einpendeln und erst dann verlässliche Kalkulationsgrundlagen bieten. Avisiert ist der 01.01.2022, um erneut über die Thematik sprechen zu können. Beispielhaft nennt sie hierfür die Kosten für die Reinigung, Kammerjäger, Müllentsorgung, Fettabscheider sowie den sonstigen Overhead.

GRM Hansen erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Mensa besichtigen zu können, was umgehend bejaht wird. Der Kontakt läuft über Fr. Patock, die sich dann um eine entsprechende Organisation kümmert.

BGM Felbermeier dankt abschließend Fr. Patock für deren Ausführungen und beendet die Diskussion, zumal keine weiteren Fragen oder Entscheidungen anstehen.

3. Erlass neuer Satzungen zum 01.09.2021 im Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 24.06.2021 wurde der Erlass der neuen Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung zurückgestellt, da die §§ 6 (Teilnahme am Mittagessen und Verpflegungsgeld) und 9 (Geschwisterermäßigung) nicht exakt formuliert wurden.

In der nun überarbeiteten Version vom 26.07.2021 (Anlage zu diesem TOP sowie im Sitzungs- und Dokumentenarchiv <https://ris.komuna.net/haimhausen/Document.mvc/List/34235356>) sollte dieser Mangel behoben sein. In § 6 wurden zusätzlich die Absätze 4 bis 6 zur verbesserten Darstellung und Übersichtlichkeit eingefügt (s. überarbeitete Version 1.1).

Diskussionsverlauf:

Die Anregung, in §9 den Begriff „Kindergarten-Jahr“ durch „Schuljahr“ zu ersetzen, wird durch die Verwaltung aufgenommen und umgesetzt.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat erlässt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Mittagsbetreuung an der Grund- und Mittelschule Haimhausen.

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 (angenommen)

4. Benutzungs- und Gebührenordnung Übungsräume Pfarrstraße 12

Sachverhalt:

Da es sich inhaltlich um keine öffentlich-rechtliche Angelegenheit handelt, die der Genehmigung durch den Gemeinderat bedarf, wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

5. Ertüchtigung der Lüftungsanlage Kindergarten Haimhausen

Sachverhalt:

Am 12.07.2021 fand die Submission für die Ausschreibung Ertüchtigung der Lüftungsanlage des Kindergartens Kinderhausen an der Pfarrstraße statt. Durch das IB Bias wurde hierfür eine Kostenschätzung über 166.655,69 € Brutto ermittelt. Es wurden zur Eröffnung zwei Angebote fristgerecht abgegeben. Bei einem Angebot handelt es sich um ein Leerangebot. Das zweite Angebot übersteigt die

Kostenschätzung um rund 60%, weshalb das vorliegende Angebot als nicht wirtschaftlich betrachtet werden kann. Die Ausschreibung ist deshalb gemäß §17 Abs. 1 VOB/A aufzuheben.

Zwischenzeitlich wurden mobile Kühlgeräte angeschafft, um in den Temperaturhochphasen in den Schlafräumen die Raumtemperatur herunter zu kühlen. Da in absehbarer Zeit nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich die Preise als auch die Materialbeschaffungszeiten wieder auf ein normales Maß einpendeln, prüft die Bauverwaltung bis zum Herbst, ob der Einbau von Split-Level-Geräten eine zweckmäßige Alternative darstellen kann.

Diskussionsverlauf:

GRM Hansen hebt positiv hervor, dass bereits im Oktober 2020 eine Beschlussfassung hinsichtlich Raumlufthereinigung erfolgte. Im Ergebnis wird hinsichtlich der nötigen Maßnahmen zur Kühlung der Räume als wichtig angesehen, hier bald zu guten Ergebnissen zu kommen.

6. Neuerlass der Mieterschutzverordnung; Anhörung zur Fortschreibung des Gutachtens zur Identifizierung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern

Sachverhalt:

Tagesordnungserweiterung

Die Entscheidung ist zeitlich dringlich, da die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 02.09.2021 läuft.

Am 22.07.2021 wurde die Gemeinde Haimhausen mit Mail des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 20.07.2021 über die Anhörung zur Fortschreibung des Gutachtens zur Identifizierung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern informiert. Das Bayer. Staatsministerium der Justiz bereitet derzeit eine Aktualisierung der Mieterschutzverordnung vor. Dadurch wird u. a. neu bestimmt, in welchen Städten und Gemeinden in Bayern die sog. Mietpreisbremse zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck wurde ein Neugutachten zur Identifizierung der Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern erstellt. U. a. diejenigen Städte und Gemeinden, deren Einstufung sich im Neugutachten gegenüber der bisherigen Mieterschutzverordnung geändert hat, erhalten unmittelbar Gelegenheit, zu den im Gutachten statistisch ermittelten Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt **bis spätestens 02.09.2021** Stellung zu nehmen.

Hintergrund

Mit dem Mietrechtsnovellierungsgesetz vom 21.04.2015 wurde in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt die sog. Mietpreisbremse verankert. Mit der aktuellen bayerischen Mieterschutzverordnung (MiSchuV), vom 16.07.2019 wurden die Gebiete in Bayern mit angespanntem Wohnungsmarkt neu bestimmt und auf eine Geltungsdauer bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Gemeinde Haimhausen ist in geltender MiSchuV als „gefährdet“ eingestuft. Auf die Verlängerung der MiSchuV soll nun nach vollständiger Verfügbarkeit der neu erhobenen Daten aus dem Mikrozensus 2018 eine Aktualisierung der MiSchuV zum 01.01.2022 folgen. Die Aktualisierung der MiSchuV erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Neben einer gutachterlichen Analyse der Wohnungsmärkte anhand statistischer Daten werden auch die örtlichen Erkenntnisse der Städte und Gemeinden, Landkreise und

Verbände in die Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt einbezogen.

Fortschreibung des Gutachtens zur Identifizierung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern

Zur Vorbereitung der Neufassung der MiSchuV hat das Staatsministerium der Justiz beim Institut Wohnung und Umwelt (IWU) eine Fortschreibung des Gutachtens zur Identifizierung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in Bayern, das die Grundlage für die Gebietskulisse der geltenden MiSchV bildet, in Auftrag gegeben.

Einstufung nach geltender MiSchuV im Landkreis Dachau:

- Gemeinde weist angespannten Wohnungsmarkt auf
 - Bergkirchen
 - Dachau
 - Karlsfeld
 - Markt Indersdorf
 - Odelzhausen
- Gemeinde als gefährdet eingestuft
 - Petershausen
 - Röhrmoos
 - Vierkirchen
 - Haimhausen
 - Hebertshausen

Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt nach vorläufigem gutachterlichen Ergebnis der Fortschreibung 2021:

- Bergkirchen
- Karlsfeld
- Markt Indersdorf
- Odelzhausen
- Sulzemoos

Somit ist Haimhausen nicht mehr als Gemeinde mit angespanntem Wohnungsmarkt gelistet und soll künftig nicht mehr von der MiSchuV erfasst werden. Dem Anhörungsschreiben ist ein Gutachten (<https://www.justiz.bayern.de/ministerium/gesetzgebung/>) beigelegt, in dem die Methodik für die Ermittlung von Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt erläutert wird.

Folgende Punkte wurden bewertet:

- Teilbedingung 1 (nicht erfüllt) „Überdurchschnittlich stark steigende Mieten“ (Haimhausen 2014-2019 unter 6% p.a.)
- Teilbedingung 2 (nicht erfüllt) „Überdurchschnittliche Mietbelastung der Haushalte“ (Haimhausen 2018: Mietbelastungsquote unter 18%)
- Teilbedingung 3 (nicht erfüllt) „unzureichende Neubautätigkeit bei wachsender Wohnbevölkerung“ (Haimhausen 2013 -2018 Erhöhung um 3% - 6%)
- Teilbedingung 4 und 5 (erfüllt) „geringer Leerstand bei großer Nachfrage“ (Leerstandrate 2018: 1% - 2%; Wohnungsdefizit/-übergang 2018: 0% bis 3%)

Es muss mindestens eine der beiden Teilbedingungen 4 oder 5 und zusätzlich Teilbedingung 2 oder es müssen beide Teilbedingungen 3 und 1 kumulativ erfüllt sein. Das Staatsministerium für Justiz weist in seinem Anhörungsschreiben darauf

hin, dass der Gutachter hervorhebt, dass sich die Wohnungsmarktsituation vor Ort aufgrund der hohen Dynamik der Wohnungsmärkte anders darstellen kann, als aus den statistischen Indikatoren ersichtlich wird und die Daten immer erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zur Verfügung stehen. Der Bayerische Gemeinde-, Städte- und Landkreistag sowie die Verbände Haus & Grund Bayern und der Deutsche Mieterbund sowie die Gemeinden, deren Einstufung sich im Neugutachten gegenüber der bisherigen MiSchuV geändert hat, erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme. Insbesondere sind abweichende örtliche Erkenntnisse zur Wohnungsmarktlage vorzutragen.

Zusätzliche Auswirkungen:

Mit Inkrafttreten des Baulandmobilisierungsgesetzes vom 23.06.2021 wurden verschiedene Neuerungen beschlossen, mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Voraussetzung ist jedoch jeweils, dass dies der Wohnungsmarkt erfordert. Die Vorschrift muss durch Landesverordnung aktiviert werden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt zu bestimmen. Aus diesem Grund ist es nach Ansicht der Verwaltung dringend geboten, das Ergebnis des Gutachtens zu überprüfen. Mit Einstufung der Gemeinde Haimhausen als Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt ergeben sich folgende Erleichterungen:

- Gemeindliches Vorkaufsrecht (§§ 24 ff BauGB) - in der Praxis, kein Instrument, mit dem gerechnet werden kann.
- **Befreiungsmöglichkeiten von Bebauungsplänen, wenn dies der Schaffung von Wohnraum dient (§ 31 Abs. 3 BauGB)**
- Sektoraler Bebauungsplan (§ 9 Abs. 2 d i. V. m § 34 BauGB)
- Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (§ 250 BauGB)

Weiteres Vorgehen:

Bis zur Gemeinderatssitzung am 29.07. kann in der Kürze der Zeit nicht abgesehen werden, wo der Ansatz für eine Überprüfung liegt und wer unterstützend zur Seite stehen kann. Die Gemeinde ist angehalten, bis zum 02.09.2021 eine Stellungnahme abzugeben. Der Gemeinderat wird um Kenntnisnahme des Sachverhalts gebeten. Es wird vorgeschlagen, die Verwaltung mit der Beiziehung von Fachleuten zu beauftragen und den Bürgermeister zur Abgabe der Stellungnahme zu ermächtigen.

Diskussionsverlauf:

BGM Felbermeier führt den Hintergrund aus, holt das Einverständnis zur Behandlung ein und geht bestärkend auf den Verwaltungsvorschlag (vgl. Beschlussvorschlag 2) ein. Die Thematik erreichte das Rathaus relativ überraschend, entsprechende Hintergründe sind zu recherchieren / erarbeiten, fachliche Unterstützung angesichts der kurzen Frist – zudem in der Hauptferienzeit – dringend nötig. Auch sind tiefergehende Erkenntnisse durch Auswertung der Unterlagen nötig, um die möglichen Auswirkungen und somit auch den Aufwand für die Stellungnahme seitens Gemeinde abschätzen zu können.

Beschluss Nr. 1:

Es besteht Einverständnis, dass die heutige Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt gemäß § 23 Abs. 2 Nr. 1 GeschO erweitert wird. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der bestehenden Frist zur Abgabe der gemeindlichen Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Überprüfung des Gutachtens zu veranlassen und ermächtigt den Ersten Bürgermeister zur Abgabe der Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens.

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 (angenommen)

7. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2021

Sachverhalt:

Der Gemeinderat beurteilt für den in der nichtöffentlichen Sitzung vom 20.05.2021 unter TOP 8 gefassten Beschluss die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entspr. Art. 52 Abs. 3 GO die Veröffentlichung.

Im Anschluss an die Beschlussfassung gab der Vorsitzende den Beschluss zur Thematik

- Defizitvertrag mit dem BRK

bekannt, der auch in der Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt für den in der nichtöffentlichen Sitzung vom 20.05.2021 unter TOP 8 „Defizitvertrag mit dem BRK“ gefassten Beschluss die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entspr. Art. 52 Abs. 3 GO die Veröffentlichung.

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 (angenommen)

8. Bericht des Bürgermeisters

8.1 Wasser- und Löschwasserversorgung im Ortsteil Inhausermoos_aktueller Stand

Sachverhalt:

Herr Geitner von den Stadtwerken Unterschleißheim erläuterte in der Sitzung am 24.06.2021 die aktuelle Situation der Wasser- und Löschwasserversorgung im Ortsteil Inhausermoos. Hierzu ging er auch auf erforderliche Dienstbarkeiten ein, die nachträglich abzuschließen sind. Hierzu erfolgt am 03.08.2021 eine Infoveranstaltung mit den betroffenen Eigentümern. Weitere Informationen, z.B. das Ergebnis der Rohrdruckmessung liegen noch nicht vor.

9. Wünsche und Anregungen

9.1 Außenanlagen um die neue Turnhalle

Diskussionsverlauf:

GRM Meier erkundigt sich nach der Zeitplanung für die Herstellung der Außenanlagen um die neue Turnhalle. BGM Felbermeier verweist auch hier (vgl. letzte GR-Sitzung, vom 22.07.2021) auf die Hintergründe der Betreuungsthematik ab 2026 und die nötige Gesamtplanung. Es ist eine umfassende Grünordnung nötig, aktuelle Planungen hierfür sind jedoch nicht angezeigt.

